

# ***Sexualisierte Gewalt in religiösen und weltanschaulichen Institutionen konsequent aufklären und künftig verhindern***



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## **Antragstext**

- 1 Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung von
- 2 sexualisierter Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen ein. Ebenso
- 3 setzen wir uns für konsequente Prävention gegen jede Form von sexualisierter Gewalt ein.
- 4 Religiöse und weltanschauliche Institutionen sind häufig in sich geschlossene, patriarchal-
- 5 hierarchische Systeme. Strukturelle Defizite vereinfachen Täter\*innen die Anbahnung,
- 6 Ausübung und Vertuschung von sexualisierter Gewalt. Diesen Befund erbrachte erneut die
- 7 umfangreiche Missbrauchsstudie der Universität Ulm aus dem Jahr 2019. Der damalige
- 8 Unabhängige Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung (UBSKM), Johannes-Wilhelm Röhrig,
- 9 der
- 10 die Studie beauftragt hatte, betonte auch in diesem Zusammenhang wiederholt, dass Skandale
- 11 zwar das Leid der Opfer sichtbar machten, dass daraus aber häufig nicht die notwendigen
- 12 Konsequenzen gezogen werden. Über die erschreckend vielen Fälle innerhalb der beiden großen
- 13 Kirchen hinaus gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass sexualisierte Gewalt auch in anderen
- 14 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein genauso schwerwiegendes, strukturelles
- 15 Problem darstellt. Jedoch gibt es hierfür nicht einmal erste Pilot-Studien, sondern vor
- 16 allem anekdotische Evidenz. Auch hier behindern patriarchale und hierarchische Strukturen
- 17 die Aufklärung, die bisweilen noch deutlich ausgeprägter sind als in der katholischen Kirche
- 18 und den Individuen – vor allem Frauen und Mädchen – noch deutlich weniger Spielräume lassen.
- 19 Auch diese Gemeinschaften weisen häufig einen defizitären Umgang mit ihrer
- 20 institutionsinternen Dokumentation auf und zeigen genauso wenig Interesse an der
- 21 Aufarbeitung von Gewalttaten.
- 22 Wir erkennen die Bemühungen derjenigen an, die sich innerhalb ihrer Religions- und
- 23 Weltanschauungsgemeinschaften für Prävention, Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung
- 24 von
- 25 sexualisierter Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einsetzen.
- 26 Wir betrachten allerdings mit Sorge, dass es bisher beiden großen Kirchen nicht gelungen
- 27 ist, sexualisierte Gewalt durch hauptamtlich Mitarbeitende sowie durch ehrenamtlich Tätige
- 28 vollständig aufzuarbeiten und Betroffene auf allen Ebenen einzubeziehen. Auch sorgt uns,
- 29 dass viele andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dieser Aufarbeitung noch
- 30 nicht einmal begonnen haben.

29 Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt und im Koalitionsvertrag festgelegt,  
30 dass bezüglich struktureller sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, wenn  
31 erforderlich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Dieses Erfordernis sehen wir als  
32 dringend gegeben.

33 Sexualisierte Gewalt betrifft jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche. Wir weisen darauf  
34 hin, dass gesetzgeberische Maßnahmen für alle betroffenen Menschen notwendig sind.

35 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Gesetzesänderung einzusetzen:  
36 §174c Strafgesetzbuch – Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-,  
37 Behandlungs-  
38 oder Betreuungsverhältnisses – wird um einen weiteren Absatz ergänzt:  
39 „Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm zur Beratung oder  
40 Begleitung im institutionell religiösen oder weltanschaulichen Kontext anvertraut ist, unter  
41 Missbrauch des Beratungs- oder Begleitungsverhältnisses vornimmt oder an sich vornehmen  
42 lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einer  
43 dritten Person bestimmt.“

44 2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Verlängerung der Verjährungsfristen bei  
45 sexuellem Missbrauch zu überprüfen.

46 3. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, für die Seelsorge im institutionalisierten  
47 Kontext analog zu den bestehenden Regelungen für den therapeutischen Bereich gesetzlich  
48 fixierte Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten zu schaffen. Die geltenden Regeln zur  
49 Verschwiegenheitspflicht sind hierbei zu beachten.

50 4. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Amt der  
51 Unabhängigen Beauftragten eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung erhält.  
52 Aufarbeitung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit diese angemessen und  
53 betroffenenzentriert möglich wird, ist es unabdingbar, dass die aktuellen Strukturen der  
54 Unabhängigen Beauftragten qualitativ abgesichert werden. Insbesondere die bei ihrem Amt  
55 verankerte Unabhängige Aufarbeitungskommission sowie der Betroffenenrat sind so zu stärken.  
56 Die Arbeitsgruppe "Aufarbeitung Kirchen" soll verstetigt und besser ausgestattet werden. Ihr  
57 Auftrag soll sich künftig auf alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erstrecken.  
58 Sie sollen zur Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe verpflichtet sein. Dies ist nur ein  
59 wichtiger Teilbereich der Problematik.

60 Wir wollen auch Aufarbeitungsprozesse in anderen institutionellen Kontexten wie Sport,  
61 Kultur, Schule, Jugendhilfe, Jugendverbänden, sowie allen Bereichen der Kinder- und  
62 Jugendarbeit, aber auch Aufarbeitung im Kontext der Familie für Betroffene möglich machen.  
63 Voraussetzungen für diese Arbeit sind Standards, Strukturen und transparente, verbindliche  
64 Kriterien, sodass strukturelle Defizite identifiziert und konkrete Handlungsempfehlungen  
65 erarbeitet werden.

66 Betroffenen soll im Rahmen von Aufarbeitungsprozessen eine angemessene Beratung und  
67 Begleitung zur Verfügung stehen ebenso wie unabhängige Beschwerdestrukturen. In einer  
68 gesetzlichen Grundlage sollen verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Über eine  
69 Berichtspflicht im Bundestag soll ein kontinuierliches Monitoring abgesichert und im  
70 Ergebnis einer parlamentarischen Debatte zugeführt werden.

70 Analog zur Jugendhilfe soll der Zuständigkeitsbereich der Unabhängigen Beauftragten auf  
71 junge Erwachsene bis 27 Jahre erweitert werden. Bei der hieraus folgenden Anpassung der  
72 Bezeichnung des Amtes regen wir an, den Begriff des "Missbrauchs" durch den im  
73 Koalitionsvertrag verwendeten Begriff der "sexualisierten Gewalt" zu ersetzen.

74 5.) Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, Anknüpfungspunkte an bestehende Strukturen zu  
75 prüfen, damit Betroffene Unterstützung erfahren und verbindliche Zuständigkeiten entstehen.  
76 Künftig muss der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen werden, dass Menschen jedes  
77 Alters von sexualisierter Gewalt betroffen sein können. Wir wollen, dass alle Institutionen  
78 hier ihre Verantwortung wahrnehmen.